

Anfrage Nr. 0055/2013/FZ
Anfrage von: Stadtrat Rothfuß
Anfragedatum: 15.09.2013

Beschlusslauf

Letzte Aktualisierung: 21. Oktober 2013

Betreff:

Hangbus Handschuhsheim

Schriftliche Frage:

Stadtrat: Herr Rothfuß

In der Sitzung des Bezirksbeirates Handschuhsheim am 08.07.2013 wurde einstimmig ein Probetrieb zur Thingstätte beschlossen:

Die Hangbuslinie soll im Zeitraum vom 1. Mai 2014 bis zum 1. November 2014 erprobt werden. Die Anbindung an die Straßenbahn(en) vom Hans-Thoma-Platz aus solle dabei ermöglicht werden. Weiter solle es an der Haltestelle Hans-Thoma-Platz eine Art Informationstafel geben, die auf die Busverbindung zur Thingstätte hinweise.

Zu welchen konkreten Terminen werden die beschlossenen Maßnahmen in den gemeinderätlichen Gremien behandelt?

Antwort:

Die Vorlage endete im Bezirksbeirat, so dass formal keine weitere Befassung in den gemeinderätlichen Gremien Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss (SEVA), Haupt- und Finanzausschuss (HAFA), Gemeinderat möglich war.

Wie in der Verwaltungsvorlage (Drucksache 0121/2013/IV) beschrieben, sind die von der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH (RNV) ermittelten rund 15-20.000 € pro Saison (01.05.-30.10.) nicht im Doppelhaushalt 2013/2014 vorgesehen, so dass in diesem Zeitraum kein Probetrieb erfolgen kann.

Die schriftliche Anfrage zur Beantwortung in der Gemeinderatssitzung am 09.10.2013 greift aus Sicht der Verwaltung den möglichen Anträgen aus den Reihen des Bezirksbeirates Handschuhsheim vor. Die nächste reguläre Sitzung des Bezirksbeirats findet am 16.12.2013 statt.

Eine weitere Beratung in den gemeinderätlichen Gremien ist derzeit nicht vorgesehen.

Sitzung des Gemeinderates vom 09.10.2013

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 09.10.2013:

Zusatzfrage Stadtrat Rothfuß:

Ich hatte Nachfragen zu Beschlüssen des Bezirksbeirates Handschuhsheim und Altstadt gestellt. Die wurden auch dankenswerterweise beantwortet. Im Bezirksbeirat Handschuhsheim gab es vor der Sommerpause einen einstimmigen Beschluss aus der Mitte des Bezirksbeirates, dass im nächsten Jahr ein Hangbus zur Thingstätte eingerichtet werden soll. Da hatte ich jetzt nachgefragt, wie es denn mit diesem Beschluss weitergeht. Und die Antwort, die heute darauf gegeben wurde, ist doch sehr unbefriedigend. Die Frage ist doch, wie wir mit Beschlüssen umgehen, die im Bezirksbeirat – in dem Fall sogar einstimmig – beschlossen wurden? In der Antwort steht, dass keine weitere Beschlussfassung des Antrags oder des Beschlusses vorgesehen ist und dass keine Haushaltsmittel eingestellt wurden. Da geht es um 15.000 bis 20.000 Euro. Es kann ja nicht sein, dass da ein Beschluss gefällt wird und dann bleibt der einfach liegen. Da muss es doch ein weiteres Vorgehen geben. Ich kündige hiermit an, dass wir, falls es nicht anders geht, natürlich diesen Antrag hier in die Beschlussläufe einspeisen würden. Aber eigentlich muss das automatisch gehen, dass ein Beschluss weitergeht und behandelt wird und nicht einfach liegen bleibt. Das kann ja wohl nicht sein.

Ähnliches gilt für den Bezirksbeirat Altstadt. Thema: Stadt am Fluss. Da wurden auch einstimmig über alle Fraktionen oder Gruppierungen Beschlüsse gefasst, die werden im Endeffekt mehr oder weniger abgebügelt. Die Leute wollen am Neckarufer mehr Lebensqualität und nicht mehr auf den imaginären Neckarufertunnel warten, sondern die wollen jetzt endlich eine Verbesserung haben. Und das wurde einstimmig über alle Fraktionen und Gruppierungen im Bezirksbeirat Altstadt beschlossen. Und man sollte an dem Thema weitermachen. Des Weiteren wurde eine Tempobegrenzung nachts angeregt, 22 bis 6 Uhr auf der B 37. Sie schreiben: „Eine Tempobegrenzung wird deshalb nicht angeordnet.“ Wir werden heute beim Tagesordnungspunkt 8 „Lärmaktionsplan“ auf der B 3 eine Tempobegrenzung für nachts anordnen. Also das ist möglich. Man sollte an diesen Themen weiter dran bleiben.

Oberbürgermeister Dr. Würzner:

Es liegt uns eine schriftliche Stellungnahme vor, weil das Thema bereits dem Regierungspräsidium vorgelegt worden ist. Der Wunsch nach Tempo 30 ist dort schon einmal vor eineinhalb Jahren formuliert worden. Das wurde damals ausdrücklich vom Regierungspräsidium untersagt. Das ist eine wichtige Information, die bekommen Sie mitgeteilt, genauso wie der Bezirksbeirat. Es geht nicht nur darum, was man will, sondern auch, was man darf.

Bei dem Thema „Hangbus“ ist es jetzt ein Wunsch/eine Idee eines Bezirksbeirates, der im Haushalt nicht abgebildet ist. Herr Schmidt selbst hat das auch – soweit ich weiß – in der Sitzung formuliert, dass das Wünsche sind. Die kann man aufgreifen, die müssten in den Haushalt integriert werden und müssen natürlich dann auch finanziert werden, wenn der Gemeinderat das aufgreift. Aber erst dann. Und genau das ist der Punkt, an dem wir jetzt hängen.

Stadtrat Holschuh:

Es geht doch darum, wenn ein Bezirksbeirat einen Beschluss fasst, ist er der Meinung, dass das weiter in die gemeinderätlichen Gremien geht. Der Meinung sind wir auch. Und in dem Fall sagen Sie jetzt, es sei nichts vorgesehen. Das heißt, auch wenn der Gemeinderat hier keine Mittel vorgesehen hat, ist es doch normal, dass der zuständige Ausschuss über solche Beschlüsse der Bezirksbeiräte befindet. Da kann eine Mehrheit dafür oder dagegen sein, aber letztendlich ist es doch wichtig, dass Beschlusslagen aus den Bezirksbeiräten auch in die gemeinderätlichen Gremien weitergeleitet werden. Nur darum geht es.

Oberbürgermeister Dr. Würzner:

Nur die Diskussion, die wir eben hatten, waren Forderungen an die Stadt, die schon längst beantwortet worden sind, weil sie rechtlich nicht möglich sind.

Stadtrat Holschuh:

Uns würde ja reichen, dass Sie künftig sagen: gefällte Beschlüsse aus den Bezirksbeiräten werden an die gemeinderätlichen Gremien weitergeleitet. Darum geht es. Und nicht mehr.

Oberbürgermeister Dr. Würzner:

Der entscheidende Punkt ist, wir haben jetzt keinen Haushalt, in dem Mittel dafür vorgesehen sind. Die Frage ist, wie es aufgegriffen wird. Wir hätten vielleicht dem Bezirksbeirat zurückspielen müssen, dass wir bei der Haushaltberatung wieder darauf zurückkommen. Vorher sehen wir keine Möglichkeiten. Das hätte man machen können.

Stadtrat Rothfuß:

Wir können natürlich schon den Punkt aufgreifen und für nächstes Jahr 15.000 Euro zur Verfügung stellen. Das scheint ja möglich zu sein.

Oberbürgermeister Dr. Würzner:

Da müssen Sie einen Antrag stellen, weil ich das nicht vorschlage. Ich kann jetzt nicht im laufenden Haushalt, wo Sie mich gehalten haben, die Mittel auch zu kontrollieren und auf einem Niveau zu halten, jeden Wunsch einfach bearbeiten, als wenn es möglich wäre. Das gehört in die Haushaltberatungen und das muss man dem Bezirksbeirat vermitteln, das ist richtig. Es sei denn, Sie beantragen außerplanmäßige Mittel, das ist etwas anderes. Aber das kommt nicht von mir. Also ich greife das dann nicht auf. Aber das müsste Herr Schmidt eigentlich so zurückspielen, das ist richtig.

Stadtrat Holschuh:

An uns muss das auch weitergegeben werden beziehungsweise man muss es generell regeln. Weil selbst ich, der nie im Bezirksbeirat war, sondern nur im Gemeinderat, war immer der Meinung, dass im Bezirksbeirat gefasste Beschlüsse in irgendeiner Form in den zuständigen Fachausschuss kommen. Das war meine Meinung und das ist in dem Fall jetzt so nicht passiert oder auch nicht vorgesehen.

Oberbürgermeister Dr. Würzner:

Ja, ich werde nochmal mit Herrn Schmidt sprechen. Ich greife das auf.

Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz:

Ich denke, das ist eigentlich nicht diskussionswürdig. Wenn ein Bezirksbeirat einen Beschluss fasst, muss dieser an den Gemeinderat, sofern es sich um eine Angelegenheit handelt, für die der Gemeinderat zuständig ist. Das ist ganz einfach. Das sollte man festhalten. Das ist völlig unabhängig davon, ob Finanzmittel zur Verfügung stehen oder nicht. Der Gemeinderat muss das bei der Behandlung dieser Frage entscheiden. Wenn ich die Grünen richtig verstehe, ist das das Anliegen, das völlig berechtigt ist.

Stadtrat Dr. Gradel:

Manchmal hilft es, wenn man sich die Vorlage beziehungsweise das Protokoll dazu vor Augen hält. Hier handelt es sich um einen Arbeitsauftrag an die Verwaltung. Die Verwaltung hat dies entgegen genommen und das Ganze soll 2014 umgesetzt werden. Die Antwort ist natürlich unbefriedigend. Aber der Beschluss endet ganz sicher im Bezirksbeirat Handschuhsheim, weil die Verwaltung hierzu etwas erarbeitet. Die Antwort hier passt zwar nicht ganz zur Beschlussvorlage aus dem Bezirksbeirat aber noch ist nicht der 01.05.2014.

Ergebnis: behandelt mit Zusatzfrage